Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.
Das „Schwedter Tageblatt" erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.

Postscheckkonto Berlin 39142.
Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schultz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schultz in Schwedt a. O.

Nummer 151 | **Dienstag, den 30. Juni 1925** | **32. Jahrgang**

Chronik des Tages.

— Bei der Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichskabinett hat sich eine grundsätzliche Uebereinstimmung über die zu treffenden nächsten Maßnahmen ergeben.

— Die Finanzvorlage Caillaux' ist auch vom französischen Senat genehmigt worden.

— Im englischen Unterhaus hat die Aussprache über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung begonnen.

Nord und Süd.

Die Kanzlerrede bei der Mainzer Jahrtausendfeier.

Der Grundgedanke der Kunstausstellung in Mainz, die jetzt im eben wieder hergestellten kurfürstlichen Schlosse eröffnet wurde, ist, in Verbindung mit der Jahrtausendfeier der Rheinlande die uralten Beziehungen zu betonen, die zwischen den Ländern am Rhein und dem übrigen Deutschland bestehen. Dieser Gedanke fand auch eine besonders starke Betonung in der Begrüßungsrede des Mainzer Oberbürgermeisters Dr. Külb, der u. a. sagte: Voll stolzer Freude schaut das ganze Deutschland auf die Lande am Rhein, die trotz aller Stürme, die über sie hingebraust sind, nicht davon lassen wollen, in unwandelbarer Liebe zu Reich und Vaterland ihr Deutschtum weiter zu hegen und zu pflegen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß das rheinische Volk von keinem sehnlicheren Wunsche beseelt ist, als in Frieden und Freiheit im Verbande mit den Völkern Europas in seinem gleichberechtigten deutschen Vaterlande seine Arbeiten zu vollbringen und seine Kulturaufgabe zu erfüllen.

Nach Vorträgen über „Die neue deutsche Zukunft" und über „Mainz in der deutschen Kunst" ergriff Reichskanzler Dr. Luther, von der Versammlung aufs lebhafteste begrüßt, das Wort, um die besten Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zu überbringen.

Ich denke in dieser Stunde — so führte der Kanzler im weiteren aus — besonders an das Wort „Mainlinie", das eine so große Rolle in der deutschen Geschichte gespielt hat und nach meinem Gefühl eigentlich vielfach mißbraucht worden ist. Unter dem Wort „Mainlinie" denkt man sich etwas Trennendes.

Flüsse sind überhaupt nie Trennendes gewesen. Wie der Rhein keine Trennungslinie ist, noch sein kann, so auch der Main.

Main und Rhein sind vielmehr eine uralte deutsche Kultur- und Wirtschaftsstraße. Diese Tatsache aller bedeutet für Deutschland den Zusammenschluß von Nord und Süd, für einen jeden, der sich hier festsetzen will, eine Störung des naturgegebenen Zusammenhanges. Wir sind in unserer jetzigen so schwer lastenden Zeit nicht der Gefahr ausgesetzt, wenn wir von Volk und Vaterland sprechen, daß das zu einer gewohnten Uebung wird. Sondern wenn wir heute uns zu Volk und Vaterland bekennen, dann ist es immer der gedämpfte Aufschrei eines Volkes in Not. Um vieles gesteigert wird die Not da empfunden, wo für unser ganzes deutsches Vaterland die Lasten der Besatzung unmittelbar getragen werden. Die Deutsche Regierung wird alles tun, was in ihrer Kraft liegt, um das Los, das den Landen am Rhein bereitet ist, zu mildern. All unser Arbeiten wird getragen werden von der einen großen Hoffnung, daß dem deutschen Volke und dem Deutschen Reich eine wahrhaft glückliche Zukunft in nicht zu ferner Zeit wieder erwachse. Darum nehme ich den Leitgedanken des Liedes auf, das wir jetzt singen wollen, und rufe als Wunsch und Bekenntnis: „Frühling am Rhein!"

Den mit außerordentlicher Lebhaftigkeit vorgetragenen Ausführungen des Reichskanzlers folgte ein außerordentlich begeisterter, sich immer wiederholender Beifall.

Beim Festmahle im Akademiesaal des Kasinos hielt der hessische Staatspräsident Ulrich eine längere Rede, die in dem Gelöbnis ausklang: „Provinz und Stadt haben in dem wechselnden Schicksal der Jahrhunderte stets treu zum deutschen Volke gestanden und weichen keinen Augenblick davon ab."

Der Finanzausgleich.

Fünf Leitsätze des rheinischen Städtetages.

In Aachen fand bei sehr zahlreicher Beteiligung der rheinische Städtetag statt. Von besonderer Bedeutung waren längere Ausführungen des Beigeordneten Dr. Odenkirchen-Düsseldorf über den Finanzausgleich, denen die folgenden Leitsätze zugrunde lagen:

1. Die im Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Finanzausgleichsgesetzes vorgesehene Wiedereinführung des Zuschlagrechtes zur Einkommen- und Körperschaftssteuer für Länder und Gemeinden ist zum Gesetz zu erheben, weil es **keine andere sachliche Verteilung der Einkommensteuer** auf Länder und Gemeinden gibt, vor allem aber, um jeden Bürger zum Gemeindebedarf unmittelbar beisteuern zu lassen.

2. Der Entwurf des Reichsrates ist anzunehmen, wonach das **Reich** sich mit **10 v. H. der Tarifsätze** von Einkommen- und Körperschaftssteuer begnügt.

3. Die Genehmigung der Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftssteuer ist ausschließlich dem nach Landesrecht bestimmten Behörden: Regierungs-, Oberpräsidenten und Bezirksausschuß zu überlassen. Für alle Steuern ist das Hoheitsrecht der St. V. V. bezüglich der Beschlußfassung uneingeschränkt wieder herzustellen. Die Anhörung von sogenannten Interessenten-Vertretern ist überflüssig und zu beseitigen.

4. Die Verwendung der Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftssteuer gehört in die Hände der seit Jahrzehnten damit bestens betrauten und gewahrten Gemeindeverwaltungen.

5. Die Erträge der **Hauszinssteuer** sind **überwiegend den Gemeinden zu belassen**, in denen sie aufgebracht werden. Die Verwendung der Hauszinssteuer gehört ausschließlich in die Hände der Gemeinden. Die Hauszinssteuer ist zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs ungeeignet und in dieser Beziehung baldigst **durch gerechtere Steuern** zu ersetzen.

Diese Leitsätze waren das Hauptthema der allgemeinen Aussprache.

Amerika und Deutschland.

Empfang des neuen amerikanischen Botschafters in Berlin bei Hindenburg.

Der Reichspräsident hat am Montag den neu ernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Schurmann, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bisherigen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der Vereinigten Staaten, Houghton, empfangen.

In einer Ansprache führte der neue Botschafter in großen Zügen folgendes aus: Es ist der Wunsch meiner Regierung, in dem vollsten Maße gegenseitige Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern zu pflegen. Wiewohl sich die Welt heute im Friedenszustande befindet, genießt sie nicht die Früchte des Friedens.

Die Gespenster der Furcht und des Mißtrauens gehen unter den Nationen um und stehen ihrem besten Streben nach wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Wiederherstellung entgegen.

Wenngleich es die Politik Amerikas ist, an der Lösung europäischer Fragen nicht teilzunehmen, und wenngleich es mir daher nicht anstehen würde, hinsichtlich des Wertes der politischen Aktion, die jetzt erwogen wird, eine Meinung zu bekunden, so sei es mir doch verstattet, es als ein glückliches Anzeichen für den Frieden und die Gesundheit der Welt zu begrüßen, daß Deutschland eine neue Anwendung der Grundsätze zur Verständigung und des gegenseitigen Vertrauens vorgeschlagen hat.

Der Reichspräsident erwiderte, indem er unter anderem sagte: Eurer Exzellenz Hinweis auf das unbefriedete Europa und Ihre sympathische Würdigung der neuen Schritte, die die Reichsregierung unternommen hat, um eine gegenseitige und aufrichtige Verständigung herbeizuführen, beweisen, daß Sie, Herr Botschafter, warmherziges Verständnis für die politischen Nöte und die ehrlichen auf einen wirklichen Frieden gerichteten Absichten des deutschen Volkes besitzen. Für die guten Wünsche des Herrn Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Sie mir gütigst übermittelt haben, spreche ich Ihnen meinen angelegentlichsten Dank aus."

*

Oesterreichs neuer Gesandter beim Reichspräsidenten.

Mittags empfing der Reichspräsident dann den neuernannten außerordentlichen österreichischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Frank zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. In der Ansprache des Gesandten an Hindenburg und in der Erwiderung des Reichspräsidenten wurde die Notwendigkeit des Gemeinschaftsgefühls in herzlichen Worten zum Ausdruck gebracht.

Englisch-russische Spannung.

Vor einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen?

Wie aus London die Chikagoer „Tribune" erfährt, soll in Kürze der Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland wegen der außergewöhnlich starken Tätigkeit der Englandfeinde in Indien zu gewärtigen sein.

Im Zusammenhang mit dieser Depesche tritt aus einer Reihe von Meldungen, die aus London eintreffen, die **große Besorgnis der englischen Kreise** wegen dieser gesteigerten englandfeindlichen Arbeit hervor. So hat der Minister für Indien, Lord Birkenhead, in einer Rede äußerst scharf gegen Sowjetrußland und dessen Propaganda in Asien Stellung genommen. Diesen Aeußerungen ist erhebliche Bedeutung beizumessen, weil es das erstemal ist, daß sich ein britischer Kabinettsminister zu der Frage äußert, ob nicht Englands gegenwärtige **diplomatische Beziehungen** zu Sowjetrußland einer **Nachprüfung** zu unterziehen seien.

Der Minister sprach von der „furchtbaren Seuche des Bolschewismus" und sagte, vor einigen Tagen habe Chamberlain im Unterhause die wichtige Erklärung abgegeben, daß die Unruhen in China durch Agenten eines anderen Landes genährt würden. Eine solche Aeußerung aus dem Munde des Staatssekretärs des Auswärtigen dürfe nicht außer acht gelassen werden. Es werde ohne Zweifel eine Zeit kommen, wo sich die Engländer zu fragen hätten, ob sie wirklich hilflos einem Lande gegenüberstünden, das eine diplomatische Vertretung in London besitze und das dessen ungeachtet nach dem Geständnis seiner eigenen Führer in der ganzen Welt durch eine unermüdliche geheime Tätigkeit das Ziel der Zerstörung des englischen Reiches im Auge habe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Juni 1925.

— In einem Brief an den Generalstaatsanwalt des Staates Neuyork wird gegen die Berliner Anleihe in Amerika Protest erhoben, da die Stadt Berlin verpflichtet vorerst ihre frühere Schuld abzutragen.

— Dem Staatsrat ist vom Staatsministerium der Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters der Schutzpolizeibeamten, ferner über die Bereitstellung von Mitteln für die Schnelldampferlinie Swinemünde—Pillau, sowie über die Aenderung der Ausführungsverordnung zur Verordnung betreffend die Fürsorgepflicht zugestellt worden.

* * *

:: **Einberufung des Beirates für das Luftfahrtwesen.** Zwecks Besprechung der Note der Botschafterkonferenz, in der neue Beschränkungen des deutschen Luftfahrzeugbaues gefordert werden, ist die Einberufung des Beirates für das Luftfahrtwesen geplant. Die neuen Beschränkungen enthalten neben den Begriffsbestimmungen von 1922, die mit der Begründung, „zivile und militärische Luftfahrzeuge zu unterscheiden", in Wirklichkeit die deutsche Handelsluftfahrt beschränken, u. a. die Forderung, auch die Zahl der Luftfahrzeuge, Motoren und Ersatzteile festsetzen zu können.

:: **Das koloniale Unrecht.** Bei der Schlußsitzung der Stuttgarter Aufklärungswoche über Kriegspropaganda und Kriegsschuld hielt Geh. Regierungsrat von Zastrow-Berlin einen Vortrag, worin er betonte, in das deutsche Volk sei immer mehr die Ueberzeugung eingedrungen, daß Deutschland ohne Kolonien auf die Dauer nicht lebensfähig sei. Es brauche sie, um die Reparationslasten, wenn dies überhaupt möglich sei, zu erfüllen und um seine überschüssige Bevölkerung unterbringen zu können. Die Wegnahme unserer Kolonien sei aber nicht nur ein großes Unrecht, sondern auch ein großer Fehler seitens der Entente gewesen. Ueberall auf der Welt sehe man die Auswirkungen jetzt deutlich vor Augen.

:: **Das Uniformverbot ungültig.** Das Erfurter Amtsgericht hat inbezug auf das Uniformtragen dahin entschieden, daß es sich dabei um ein durch Artikel 129 der Verfassung geschütztes wohlerworbenes Recht handle, das nicht nur die Berufssoldaten, sondern auch die Offiziere der alten Armee und Marine besitzen. Dies könne vom Reichspräsidenten nicht aufgehoben werden, der dies Recht als Grundrecht der Verfassung achten müsse.

:: **Hausbesitzer und Mieter.** In Dresden wurden vom Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine zwei große Kundgebungen veranstaltet.